

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erste Ausgabe mit Übernahme der Gewerbe- und Jagdgesetz vom 1. März 1922 für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 20, bei unregelmäßigen Bestellungen in der Stadt monatlich 25, auf dem Lande 30, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsort. Alle Postanfragen und Postversand sowie andere Anträge und Geschäftsverträge können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle eines Streiks, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessante Mitteilungen über die 6. geordnete Körperschaft oder deren Name, Namen, die 2. geordnete Körperschaft. Bei Wiederholung und Fortsetzung anstehender Preisnachlässe. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2. geordnete Körperschaft. Nachmittags-Beilage 30 Pf. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Inhalt durch Nachdruck eingeleitet werden muss oder der Auftraggeber in Kenntnis steht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpflig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 97

Mittwoch den 26. April 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Arbeiterzählung.

Am 2. Mai 1922 findet eine Arbeiterzählung statt. Die Vorbereitungen dazu werden den Gewerbeunternehmern rechtzeitig durch die Gemeindebehörden zugestellt werden. Die Gewerbeunternehmer haben sie am 2. Mai ordnungsgemäß auszufüllen, mit ihren vollen Namen zu unterzeichnen und darauf ungesäumt an die Ortsbehörde zurückzugeben. Nr. 415 VII. Meißen, am 24. April 1922. Die Amtshauptmannschaft.

Donnerstag den 27. April 1922 soll auf der hiesigen Freibank ein Rind verpaukt werden. Preis 18 Mark für das Pfund. Verkaufszeit von vormittags 9 Uhr ab.

Wilsdruff, am 26. April 1922.

2109

Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Genueser Zwischenfall wegen des deutsch-russischen Vertrages wurde in einer Note der Alliierten abschließend behandelt und endgültig erledigt.

* Die Konferenz von Genua soll voraussichtlich am 2. Mai mit einem feierlichen Schlußakt beendet werden, an dem auch Poincaré teilnehmen wird.

* Zwischen Lloyd George und Barthou kam es bei der Beratung der Antwort auf die deutsche Note zu scharfen Auseinandersetzungen.

* Die Gerüchte über ein deutsch-russisches Geheimabkommen werden von amtlicher Stelle in Berlin auf das entschiedenste bementert.

* Die Landtagswahlen in Schaumburg-Stippe ergaben den Fortbestand der sozialdemokratischen Mehrheit.

„Null und nichtig.“

Sie will sich nimmer erschöpfen und leeren -- die Mut der Franzosen gegen alles, was nach einer wirklichen Beilegung Europas aussieht mag. Lloyd George und Schanzer hatten den Zwischenfall wegen des deutsch-russischen Vertrages vor jedem, der es hören wollte, als beigelegt bezeichnet, und Herr Barthou, Frankreichs offizieller Vertreter in Genua, schien bereit, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Aber ein Depeschenbombardement aus Paris stärkte ihn darüber auf, daß Herr Poincaré so nicht gewettet haben wollte, und Slugs wurde daraufhin die mühselig geschlossene Wunde wieder aufgerissen. So schmerzhaft ausgerissen, daß man im ersten Augenblick alles verloren gab.

Aber die Diplomatenkunst der „einladenden Mächte“ glaubt noch einmal ein Pläcker gefunden zu haben, das dem todkranken Patienten zu helfen vermöchte. Abermals treten die Große und die Kleine Entente zu einer Sitzung zusammen, und der Präsident der deutschen Abordnung erhält ein neues Schreiben, in dem ihm befohlen wird, daß die weitere Teilnahme seiner Delegation an den Verhandlungen des Ausschusses über die russische Frage nunmehr auch den Deutschen unerwünscht erscheint. Dann wird die Wichtigkeit der von Herrn Dr. Wirth gegebenen Sachdarstellung über die Vorgänge, die Deutschland zum Abschluß eines Sondervertrages mit Rußland nötigten, bestritten. Nicht der Schatten eines Beweises liege für die Wichtigkeit der deutschen Bezeugung vor. Wir werden auf die Möglichkeit verweist, die deutschen Interessen in der russischen Frage bei den eigentlichen Kommissionsverhandlungen wahrzunehmen, es werden uns Jerrücker über die Tragweite der britischen Sachverständigenvorschlüsse, falsche Auslegung der „offiziösen“ Unterhaltungen mit den Russen vorgehalten und das Bedauern der Unterzeichneten darüber ausgesprochen, daß die deutsche Note den Versuch machte, anderen Mächten die Verantwortung für ein Verfahren zuzuschreiben, das mit dem für die Wiederherstellung Europas notwendigen Geiste lokaler Zusammenarbeit so sehr im Widerspruch stehe. Schließlich behalten sich die Unterzeichner ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmungen des deutsch-russischen Vertrages als null und nichtig anzusehen, die etwa als geltenden Verträgen zuwiderlaufend befunden würden. Damit solle, so dekretieren die Große und die Kleine Entente, der Zwischenfall jetzt als abgeschlossen angesehen werden.

Also sie haben und sie behalten recht, die Herren von der Gegenseite, weil sie die Macht haben, und weil sie es für schicklich halten, uns jede Erwiderung auf ihren erneuten Einspruch abzuschneiden. Ein moralischer Sieg, den sich an dem Hut stecken mag, wer will. Man könnte versucht sein, ihn abschätzend zu den vielen anderen zu legen, die wir von der Entente schon haben schluden müssen, aber die Tatsache, daß uns so übel mitgespielt wird gelegentlich einer Konferenz, als deren gleichberechtigter Teilnehmer wir am Eröffnungstage feierlich begrüßt worden sind, muß doch unserer Delegation in diesem Falle die Politik des Schweigens außerordentlich erschweren, auch wenn sie die Wichtigkeit des Umganges mit internationalen Zusammenkünften noch so gering einschätzen will. In Versailles mußten wir uns wohl oder übel gefallen lassen, daß der Vertrag von Brest-Litowsk, durch den wir den Frieden mit Rußland schon 1917 hergestellt hatten, für null und nichtig erklärt werde, aber daß heute, nachdem der Kriegszustand längst aufgehört hat, irgend eine Mächtegruppe sich herausnehmen will, einen reinen Willkürvertrag, dessen Abschluß wir für notwendig gehalten haben, von sich aus für kraftlos zu erklären, das übersteigt denn doch alle Herausforderungen, mit denen wir bisher beehrt worden sind, um ein ganz Erfreuliches. Und wird ein Verstoß gegen die Bedingun-

gen von Cannes zum Vorwurf gemacht. Ist ein solcher Verstoß gegen die Unabhängigkeit eines Staates kein Bruch der Canner Bedingungen, in denen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates ausdrücklich abgelehnt wurde? Die deutsche Delegation scheint sich einreden zu lassen, daß es sich hier nur um einen formalen Vorbehalt handle, dem nach dem bekannten Urteil der juristischen Sachverständigen der Entente keinerlei praktische Bedeutung zukommen soll. Ob sie nicht damit der Gefahr einer neuen Selbsttäuschung ausgesetzt wird? Auch hier scheint auf die Haltung unserer Delegation die Zielbewusstheit der Erklärungen Lloyd Georges eingewirkt zu haben, von dem man versichert, daß er den Franzosen bei der Vorberatung dieser neuen Note gehörig zuwacht habe. Er soll sogar mit der Auffündigung der Entente gedroht haben, wenn man sich nicht endlich dazu entschließen könne, ohne innere Vorbehalte zu aufrichtiger Friedepolitik überzugehen. Wer wollte auf solche Erklärungen von dieser Seite heute noch Häuser bauen?

Die Schmiegsamkeit der deutschen Delegation in Genua; sie muß sich gewiß in Genua außerordentlich vorsetzen. Aber neben den Interessen Deutschlands hat sie auch seine Ehre und seine Würde zu vertreten. Diese sind uns nicht weniger wert und heilig, als die Meinung einer Konferenz, die doch kaum noch instand sein wird, das Angeficht der Welt, wie es sich nachgerade gestaltet hat, wesentlich zu verändern. Dr. Gp.

Die Sachlage.

Ein amtlicher Berliner Kommentar zur letzten Note der Alliierten stellt folgendes fest: Nach dieser endgültigen Note stellt sich der Sachverhalt also dahin dar, daß der deutsch-russische Vertrag in voller Wirksamkeit aufrechterhalten bleiben solle, daß die deutsche Delegation in der Weise an Beratungen über russische Angelegenheiten teilnimmt, wie sie in unserer Antwort auf die erste Note der einladenden Mächte umschrieben ist, und daß die bisher angeordneten Rechtsstellen einen Widerspruch zwischen den Verträgen von Rapallo und Versailles nicht haben feststellen können.

Der Riß in der Entente.

Wie tiefgehend die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und den Franzosen bei der Entscheidung des deutsch-russischen „Zwischenfalls“ waren, geht aus einer Äußerung Lloyd Georges hervor, der bei der Beratung zur Feststellung der Antwort an Deutschland erklärte, das Einverständnis der Alliierten dürfe keinen anderen Zweck haben, als die Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn es sich darum handle, den alten Kampfgeist, die alten Gegensätze aufrecht zu erhalten, dann werde die englische Demokratie absolut und endgültig außerhalb dieser Entente bleiben. Ereignisse der letzten Tage hätten den Enthusiasmus des englischen Volkes für das Einverständnis mit den Alliierten ernüchert. Die Vorgänge, die zu dieser scharfen Äußerung führten, umfassen auch einen

Zusammenstoß Lloyd Georges mit Barthou.

„Die englische Demokratie“, so sagte Lloyd George, wird immer dahin gehen, wo der Frieden ist, und wenn ein einzelner Alliieter den Frieden zu fördern wünschte, so wird sich die englische Demokratie die Mitarbeiter in denjenigen Ländern suchen, die den Frieden wollen, von welcher Seite sie auch kommen mag.“ Als Barthou darauf sagte, daß auch Frankreich die geäußerten friedlichen Wünsche hege, war Lloyd George ein: „Frankreich wohl, aber nicht die Regierung.“

Französische Beleidigungen und Angriffe.

Der neuen Note der Alliierten an die deutsche Delegation war ein Brief Barthous an de Rocca vorangegangen, in dem der Franzose sich erlaubte, die deutschen Feststellungen über die Vorgänge vor dem Abschluß des Vertrages mit den Russen als „lägerhaft“ zu bezeichnen. Reichskanzler Dr. Wirth hat diese Beleidigung in einem würdevoll und energisch gehaltenen Briefe an de Rocca geblühend zurückgewiesen. Ferner arbeiten die Franzosen mit einer wahnwitzigen Pressehege gegen uns. Das Blatt L'Echo national bringt eine mit ungläublichen Fälschungen durchsetzte Wiedergabe einer Sitzung, in der Dr. Rathenau im Januar deutschen Pressevertretern Mitteilungen über seine Reise nach London und Cannes machte. Mit diesen Fälschungen will Lardieu natürlich Unfrieden in den Adern von Genua säen.

Die rätselhaften Russen.

„Streichung“ statt „Herabschneung“.

Das Verhalten der Russen in Genua hält die Konferenz mehr in Atem als alle „Zwischenfälle“, mit denen sie bisher reichlich genug bedacht war. Nicht nur, daß das russische Problem überhaupt den Kernpunkt der gesamten Beratungen bildet, auch das eigenartige Sprunghafte und unberechenbare Vorgehen der Russen selbst, die nur zu actioinen, kaum aber etwas zu verlieren haben, schafft

alle Tage neue kleine Sensationen. In einer Sachverständigen-Sitzung zur Behandlung der russischen Frage erhob sich der französische Delegierte Seydour und erklärte, nachdem

Das russische Memorandum

erschienen sei, müsse er, bevor er weiteren Sitzungen beizuhören könne, nähere Instruktionen aus Paris einholen. Der russische Delegierte Rafowski wollte erwidern, die Sitzung wurde jedoch geschlossen. Aus diesem Grunde hat die russische Delegation in einem Briefe erklärt, das Memorandum der russischen Delegation stelle eine Antwort auf das Memorandum der Londoner Sachverständigen dar. Die Russen weichen damit dem neuen Konflikt mit einem raschen Seitenprung aus, indem sie sagen, das Memorandum stelle nur die Meinung der russischen Delegation „in dem ersten Stadium“ der Besprechungen dar. Die neue russische Denkschrift befindet sich aber tatsächlich in vollständigem Gegensatz zu den Canner Bedingungen einerseits und andererseits zu dem Schreiben Tschitscherins an Lloyd George. In bezug hierauf betonte ein russischer Sachverständiger, daß das von Tschitscherin englisch abgefaßte Schriftstück schlecht ins Französische übersetzt worden sei und daß die Annahme der Bedingungen der Alliierten durch die Sowjetregierung davon abhängig sei, daß die Kriegsschulden und deren rüchändige Zinsen sowie die Zinsen aller übrigen Schulden gestrichen werden, anstatt, wie es vorher hieß, nur herabgesetzt werden sollten. Dieser Standpunkt, daß nämlich die Regierung von Moskau rechtlich anerkannt wird, bevor sie irgend eine Verpflichtung hinsichtlich der russischen Schulden übernommen hat, wird nun zwar von den Alliierten abgelehnt, aber es wird doch beklagt, daß die russische Note nicht in einem Tone gehalten sei, der einen Abbruch der Besprechungen rechtfertigen würde. In dieser Atmosphäre des Hin und Her scheinen die Russen auf die besten Geschäfte zu rechnen.

Der König und der Bolschewik.

Aber die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem italienischen König werden allerlei lächerliche Geschichten erzählt, die zwar von anderer Seite als erlunden bezeichnet werden, die aber doch nette Streiflichter auf den internationalen Hintergrund aller Vorgänge in Genua werfen. So soll Tschitscherin dem König als den „ersten Bürger“ seines Landes begrüßt und ihm gelagt haben: „Der Jubel des Volkes hat mir gezeigt, daß Sie von Ihrem Volke wie ein Vater geliebt werden.“ Die Tischordnung auf dem Schiffschiff beim Frühstück war so, daß Tschitscherin dem Genueser Erzbischof gegenüber saß, mit dem er sich während der Dauer der Tafel eingehend unterhielt. Da man sich, weil keine offiziellen Reden gehalten wurden, doch einmal zutrinken mußte, erhob Tschitscherin sein Glas auf das Wohl des Erzbischofs, der lächelnd Bescheid tat. Wahr soll von allem nur sein, daß der Bolschewik und der König sich lediglich über die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Rußland unterhalten haben. Rafowski sagte noch hinzu: Die Arbeiter müßten und würden verstehen, daß ein Akt der Höflichkeit gegenüber der Nation, die Gastgeber einer offiziellen Delegation war, von dieser nicht umgangen werden konnte und daß dieser Akt die moralische Anerkennung der Sowjetregierung in sich schloß.

Der Stand der deutschen Zahlungen.

Eine Auffassung der Reparationskommission.

Jedem Deutschen, der gegenwärtig keine ganze Aufmerksamkeit auf Genua richtet, sollte man heute täglich zurufen: „Denke an den 31. Mai!“ Das ist, wie man nicht vergessen darf, der Termin, bis zu dem die deutsche Regierun auf Grund der am 21. März von der Reparationskommission getroffenen Entscheidung dafür gefordert haben soll, daß neue Steuern im Gesamtbetrag von 60 Milliarden Mark bewilligt sind, von denen 40 Milliarden noch in diesem Jahre aufgebracht werden sollen. Die deutsche Regierung hat zwar am 7. April geantwortet, daß dieses Verlangen unerfüllbar ist, und sie hofft, daß durch die Konferenz von Genua inzwischen eine veränderte Weltlage geschaffen wird, die auch eine Abänderung jener gegnerischen Forderung mit sich bringt, aber vorläufig hat die Reparationskommission ihren Standpunkt keineswegs aufgegeben und macht auch nicht im geringsten Miene, das zu tun, so daß der 31. Mai wie eine immer näherrückende schwere Drohung vor uns steht. Wird doch bereits aus Paris berichtet, daß die Franzosen, wenn Deutschland jene Forderungen nicht erfüllt, am 1. Juni nach Frankfurt, Mannheim und Essen einrücken wollen. Inzwischen hat die Reparationskommission, fast wie eine Eröffnungsbilanz für die neuen in Paris geplanten Unternehmungen, einen Überblick über den Stand der deutschen Zahlungen veröffentlicht. Darin wird festgestellt: Nachdem die deutsche Regierung im Jahre 1921 in bar eine Summe von 1 Milliarde Goldmark gemäß dem